Vorname Nachname

Straße HsNr

PLZ Stadt \_\_ . \_\_ . 2019

Grafschafter Jobcenter

Geschäftsstelle x

xx Straße xx

**48529 Nordhorn**

**Überprüfungsantrag nach § 40 Abs. 1 SGB II iVm § 44 SGB X wegen möglicher Verfassungswidrigkeit von Minderungen nach § 31a SGB II**

**BGNr.** : \_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Bescheid vom xxxxxx haben Sie mir für den Zeitraum von: xxxx bis xxxx meine existenzsichernden SGB II - Leistungen um xx % im Rahmen des SGB II-Sanktionsrechts nach § 31a SGB II gemindert.

Das Bundesverfassungsgericht wird anlässlich des Vorlageverfahrens des SG Gotha nach Art. 100 Abs. 1 GG mit dem Akz.: BvL 7/16 im Jahr 2019 eine Entscheidung hinsichtlich der teilweisen oder gänzlichen Unzulässigkeit der Minderungen nach § 31a SGB II treffen.

Sie haben keine vorläufige Entscheidung nach § 41a Abs. 7 Nr. 1 SGB II hinsichtlich des anhängigen Verfahrens beim BVerfG getroffen. Dieser Überprüfungsantrag nach § 44 SGB X wird vor einer Entscheidung des BVerfG eingelegt, damit , wenn Sanktionen auch Rückwirkend ganz oder teilweise nicht für anwendbar erklärt werden, die o.g. Sanktionen u

überprüft und ganz oder teilweise zurückgenommen werden.

Ich bin damit einverstanden, dass dieser Überprüfungsantrag bis nach einem Urteil des BVerfG ruhend gestellt wird.

Mit freundlichen Grüßen

-----------------------------------------

(Unterschrift)